

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendant pour les logisticiens**

Band (Jahr): **77 (2004)**

Heft 8

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

PERSONEN

Four Gregor Rutz

-r. «Der Mann weibelt Tag und Nacht für seine Partei, die SVP», schreibt die «SonntagsZeitung» und meint weiter: «Und doch hat Generalsekretär Gregor Rutz scheinbar auch noch Zeit für anderes». In Zizers GR werde er seine langjährige Freundin heiraten. Zu diesem besonderen Fest gratuliert auch ARMEE-LOGISTIK ganz herzlich und wünscht dem Ehepaar Rutz auf dem gemeinsamen Lebensweg alles Gute. Frau Rutz! Um Ihren Haushalt müssen Sie keine Sorge haben, schliesslich gehört Ihr Mann (Fourier der Schweizer Armee) zum ausgewählten festen Kern der Hellgrünen.

VBS klagt einen Journalisten an

Ein Journalist des «SonntagsBlick» muss wegen Verletzung militärischer Geheimnisse vor den Kadi. Der Auditor der Armee hat Anklage erhoben, da er über eine geheime Anlage der Luftwaffe berichtete, wie Martin Immenhauser, Sprecher des Oberauditorats, sagte. Dem Redaktor wird vorgeworfen, Bilder und Informationen über eine klassifizierte unterirdische Anlage der Luftwaffe bei Buochs (Nidwalden) publiziert und damit ein militärisches Geheimnis verletzt zu haben. Gemäss dem Militärstrafgesetz droht dem Journalisten im schlimmsten Fall eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren. In leichten Fällen ist auch nur eine disziplinarische Bestrafung möglich.

Oberstlt Toni Schüpfer

-r. Mitte August wird Toni Schüpfer seine Tätigkeit bei der Stadtpolizei Luzern als Leiter der Abteilung Gewerbe- und Gesundheitspolizei und als Mitglied der Korpsleitung aufnehmen. Toni Schüpfer hat eine kaufmännische Ausbildung und Berufspraxis und war die letzten zehn Jahre in leitender Funktion in den Bereichen Ausbildung und Personalentwicklung in Zürich tätig. Viele Leser kennen den Quartiermeister als ehemaligen Technisch-Leiter I des Schweizerischen Fourierverbandes und als initiativen Mitarbeiter von «Der Fourier». Zu dieser Ernennung gratulieren wir Toni herzlich und wünschen ihm alles Gute!

Lilli Gruber

Italiens starke TV-Stimme

FOKUS SEITE 18

Preis Fr. 3.50 Euro 2.80 CYP 1.85



Michael Pheips

Der US-Schwimmer will siebenmal Olympiagold

SPORT SEITE 23



SonntagsZe

Redaktion: 01 248 40 40 · Abo-Service: 01 404 64 40 · Internet: www.sonntagszeitung.ch

Schlechte Noten für Bundesrat Schmid

Interner Bericht eines scharfer Kritik an Departementsführung eingestampft

VON CHRISTOPH LAUENER

BERN Am 24. Mai hat das Inspektorat des Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) seinem Chef, Bundesrat Samuel Schmid, einen 88-seitigen Bericht abgeliefert. Titel: «Leistungsanalyse Sicherheitspolitik». Darin setzt ein Team von 50 Experten zu einer schonungslosen Analyse der Führungskultur im VBS an. Das Fazit fällt vernichtend aus: «Die Departementsleitung VBS vermag dem Anspruch eines obersten Führungsorgans» nicht zu genügen.» Die Verfasser – ein breiter Kreis von VBS-Spezialisten und externen Experten – kritisieren nicht nur Bundesrat Schmid. Unter Beschuss gerät vor allem das Generalsekretariat unter Iwan Gut. Die Autoren spre-



leme würden tabuisiert und könnten nicht richtig aufgearbeitet werden.

Dieses schlechte Zeugnis, welches das VBS als Hort der Bürokratie darstellt, hat Schmid offenbar massiv vor den Kopf gestossen. Einige Tage nachdem er den Bericht in wenigen Exemplaren an die obersten Kader verteilt hatte, gab er den Befehl aus, alle Kopien einzusammeln und zu vernichten.

Dann wurde in Schmid's Auftrag eine ausgedünnte, entschärfte Neufassung erstellt. Ein Teil des Inspektoratsteam's verweigerte der neuen Version aus Protest die Zustimmung. Eine Kopie der ursprünglichen Fassung überstand Schmid's Vernichtungsaktion unbeschadet – die wichtigsten Teile liegen der SONNTAGSZEITUNG VOR.

Das VBS schweigt sich zum

che Bericht sei bloss ein «Vorentwurf», ein «internes Papier». Immerhin: Gemäss Kostenaufstellung, die im Bericht gemacht wird, schlägt die Übung mit gegen 800 000 Franken zu Buche.

Bundesrat Samuel Schmid sieht sich damit nicht zum ersten Mal heftiger Kritik ausgesetzt. Beanstandet wurde in den letzten Monaten Verschiedenes: Die neue Armee funktioniere nicht, in der Sicherheitspolitik herrsche Unklarheit, das Rüstungsprogramm sei überflüssig. Schmid versuchte, die Situation an allen Ecken und Enden zu beruhigen. Dabei griff er auch zur Feder und schrieb in der «NZZ» und in «Le Temps» ein «Wort der Vernunft» nieder.

Doch selbst Parteigenossen vermochte der SVP-Bundesrat damit nicht ruhig zu stellen. Die SVP will der Misere um die neue Armee nicht länger zusehen.

Der Auslöser: Just am Nationalfeiertag veröffentlichte die «SonntagsZeitung» Auszüge aus dem 88-seitigen Bericht «Leistungsanalyse Sicherheitspolitik».

VBS zeigt sich super nervös

Gerade im «Sommerloch» brennt es heftig im VBS, wenn es schlimm komme, gleich an mehreren Orten, schreibt die NZZ in der Ausgabe vom Donnerstag 5. August. Ausgelöst wurde der nun bald zum Flächenbrand avisierenden Tatbestand durch einen Bericht in der «SonntagsZeitung»: «Schlechte Noten für Bundesrat Schmid.»

VON MEINRAD A. SCHULER

So viel Informationen auf einmal gabs aus dem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) noch nie oder ganz selten. Unsere Armee beherrscht das «Sommerloch» in unseren Medien und bei Politikern und Schweizern. Grund dazu: Der von Bundesrat Samuel

Schmid persönlich in Auftrag gegebene Untersuchung «Leistungsanalyse Sicherheitspolitik».

Darin setzt ein Team von 50 Experten zu einer schonungslosen Analyse der Führungskultur im VBS an. Dazu die «SonntagsZeitung»: «Die Departementsleitung VBS vermag dem Anspruch eines obersten Führungs-

organs» nicht zu genügen.» Die 88-seitige Analyse falle vernichtend aus – schwergewichtig kritisiere sie die bürokratischen Strukturen sowie die Führung durch die Departementsleitung (DL). Chef Schmid führe entgegen den Vorgaben in der Geschäftsordnung des VBS «nicht konsequent über die Linie», sondern «ausgeprägt über sein engeres Umfeld» – also über persönliche Berater und ausgewählte Mitarbeiter.

Langfristiges Denken attestiert der Bericht Schmid nicht. Im Gegenteil: Seine Führung orientiere sich stark an der Tagespolitik und kurzfristigen Entwicklungen. Deshalb seien

Party
Heute of



die Entscheidungsmechanismen selbst für Schmid's Direktunterstellte nur teilweise nachvollziehbar. Fazit: «Diese Führungskultur verursacht Irritation.»

Mehrfach schon habe das Inspektorat auf die Probleme der obersten VBS-Führungsgremien hingewiesen – «leider mit wenig Erfolg», wie die Verfasser konstatieren. Ein Grund dafür möge in den starren Strukturen liegen.

Wehrpflicht

Hinzu kommt die Diskussion um die allgemeine Wehrpflicht, die VBS-Chef Samuel Schmid ins Rollen brachte. Dazu die «Berner Zeitung» unmissverständlich: «Die Linke wittert ihre Chance. Die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) sieht in der Abschaffung der Wehrpflicht einen ersten Schritt. Aber ihr geht es um mehr. Ihr Name bleibt Programm. Die Grünen haben das gleiche Ziel. Auch die SP freut sich über Schmid's Tabubruch. Die Zeit, die Wehrpflicht abzuschaffen, sei längst gekommen. Was für die einen einen Hoffnungsschimmer bedeutet, ist für die andern absolut unvorstellbar. Für die Aktion für eine unabhängige, neutrale Schweiz (Auns) kommt eine Abkehr vom heutigen Modell ebenso wenig in Frage wie für die SVP. Der VBS-Chef wolle mit seinem «verfassungswidrigen Vorschlag um jeden Preis dem desolaten Zustand seines Departements ablenken», schreibt die Auns». Dies dementierte Schmid gegenüber der «Tagesschau». Auf Grund des Spardrucks müsse er solche Massnahmen ins Auge fassen, auch wenn er ein Anhänger der Milizsystems sei.

Sicherheitstruppe

Aber Verteidigungsminister Samuel Schmid stellt nicht nur die Wehrpflicht zur Debatte. Er stellt eine neue Sicherheitstruppe zur Diskussion. «Schmid schwebt eine Truppe von rund 1000 Mann vor, die aus Durchdienern rekrutiert und die Polizeikorps bei Einsätzen unterstützen würden», schreibt die «Neue Luzerner Zeitung». Damit, so Schmid's Absicht, könnten die ordentlichen WK-Truppen von Bewachungsaufgaben entlastet werden. Das sei aber ein völlig falscher Weg, kritisiert der Zuger Nationalrat Josef

Lang. Und der Schwyzer CVP-Ständerat Bruno Frick zeigt sich ebenfalls skeptisch: «Da stellt sich die Frage nach der Zentralisierung der Polizeieinsätze».

Kurzum: Verteidigungsminister Samuel Schmid steht von allen Seiten unter Beschuss. Dazu «Facts» vom 5. August: «... weil es ihm nicht gelingt, die Vorgaben seines Vorgängers aufzunehmen. Adolf Ogi's Erbe wiegt schwer», und zählt Beispiele auf:

- Armee reform: Ogi liess eine breit abgestützte Kommission darüber nachdenken, was einer Armee in der Welt nach dem Kommunismus noch zu tun verbleibe.
- Das Ergebnis: Die Armee kann alles, was ihr aufgetragen wird – mit weniger Soldaten und weniger Geld. Den Luftraum absichern, die «Raumverteidigung» sichern, «Assistenzdienste» auf Skipisten, Überwemmungsschäden aufräumen, am WEF in Davos Präsenz markieren. Ogi hat sie vom Verteidigungs- zum Multifunktions-Instrument umgestaltet.

Jedoch Leute wie Ulrich Siegrist, SVP-Nationalrat und Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, rufen nach Profil: «Nicht Ja oder Nein zur Armee ist heute die Kernfrage», schrieb Siegrist in der aktuellen Ausgabe der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift», sondern: «Welche Armee in welchem sicherheitspolitischen Netzwerk brauchen und wollen wir.»

Und nun wird plötzlich ein weiteres Kapitel aufgegriffen: Auslandsinsätze. «Sie waren Ogi's Ausweg aus der Sinnkrise», wie «Facts» schreibt und festhält: «Er prägte den Slogan «Sicherheit durch Kooperation». Und es war ihm ernst damit: Die Armee soll dorthin, wo die Flüchtlinge herkommen. Für den Blick ins Ausland dienten ihm die Nato-Organisation Partnerschaft für den Frieden (PfP) und seine Kontakte mit ausländischen Amtskollegen. Als der Krieg im Balkan entbrannte, liess Ogi über die Köpfe seiner Bundesratskollegen hinweg den damaligen Fliegerkommandant Christophe Keckeis (heute Chef der Armee) mitten ins Krisengebiet fliegen und sandte die Swisscoy-Truppen in den Kosovo. Gleichzeitig baute er im Departementsinnern

Bundesrat Samuel Schmid trennt sich von seinem Generalsekretär

Kurz nach Redaktionsschluss erreichte uns die offizielle Darstellung der Kommunikation VBS über das Seilziehen zwischen Medien und VBS. Den Vorwurf der Führungsschwäche lässt Bundesrat Schmid nicht auf sich sitzen. Er nimmt das Segel aus dem Wind!

M.O. Bundesrat Samuel Schmid, Chef VBS, hat entschieden, sich von seinem Generalsekretär Juan F. Gut zu trennen. Der Schritt erfolgt per sofort und im gegenseitigen Einvernehmen. Der Chef VBS hat im Weiteren beschlossen, die «Leistungsanalyse Sicherheitspolitik» der Departementsleitung zu unterbreiten und anschliessend den parlamentarischen Aufsichtsorganen zur Verfügung zu stellen.

Bundesrat Samuel Schmid und sein Generalsekretär Juan F. Gut sind im gegenseitigen Einvernehmen übereingekommen, das Arbeitsverhältnis auf Grund unterschiedlicher Auffassungen in Führungsbelangen per sofort zu beenden. Arbeitsrechtlich handelt es sich um eine Freistellung; formelle Entscheide obliegen dem Bundesrat als Wahlbehörde.

Gespräche zwischen Schmid und Gut haben bereits seit einiger Zeit stattgefunden, und eine Ablösung des Generalsekretärs war vor den Sommerferien auf die erste Bundesratssitzung des zweiten Semesters hin geplant. Die heutige Situation zwingt zu einer früheren Bekanntgabe. Die Trennung ist keine unmittelbare Folge der Leistungsanalyse Sicherheitspolitik.

Bundesrat Samuel Schmid dankt Juan F. Gut für die geleistete grosse Arbeit in den vergangenen acht Jahren zu Gunsten des EMD und des VBS sowie für sein stets loyales Auftreten und Verhalten.

Juan F. Gut trat 1996 als Generalsekretär in das damalige eidgenössische Militärdepartement EMD ein. Er bearbeitete an vorderster Front unter anderem die Transformation des EMD ins heutige Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) sowie der Armee 95 in die Armee XXI. Parallel dazu überführte er das Generalsekretariat im Rahmen von VBS XXI in seine heutige Form.

Interimistisch übernimmt Markus Seiler, stellvertretender Generalsekretär VBS, die Führung des Generalsekretariats. Die Stelle des Generalsekretärs VBS wird unmittelbar nach dem entsprechenden Bundesratsbeschluss zur Neubesetzung ausgeschrieben.

Leistungsanalyse kommt vor die Departementsleitung

Anlässlich der nächsten ordentlichen Sitzung vom 30. August wird der Chef VBS der Departementsleitung VBS die «Leistungsanalyse Sicherheitspolitik» zur Beratung vorlegen. Anschliessend erfolgt auf Grund allfälliger Entscheide deren Umsetzung.

Die Analyse steht zudem den parlamentarischen Aufsichtsorganen (Geschäftsprüfungsdelegation GPDel resp. Geschäftsprüfungskommission GPK) zur Verfügung. Über eine Veröffentlichung der Analyse werden der Departementschef und die parlamentarischen Aufsichtsorgane gemeinsam entscheiden.

den für die Aussenkontakte zuständigen Bereich Sicherheitspolitik auf.» Mit diesen Vorgaben habe Schmid zu leben.

Milizarmee

Und der Littauer Pascal Merz bringt es in einem Leserbrief auf den Punkt: «... Nach aussen mag sich unser Militär zumindest teilweise modernisiert haben, doch nach innen scheinen nach wie vor die «alten» und verkrusteten Strukturen vorzuherrschen. Auch punkto Existenzberechtigung gerät unsere Milizarmee mehr und mehr in Argumentationsnotstand. Doch während im Innern das Chaos herrscht, macht die Führung gute Miene zum bösen Spiel. Die Probleme müssen endlich auf den Tisch und gelöst werden. Aussitzen und tabuisieren war vor ein paar Jahren noch möglich, hier und heute ist es höchste Zeit aufzuräumen. Greift die VBS-Führung nun nicht entschieden durch, so wird die Armee in unserer Bevölkerung noch mehr Vertrauen und Prestige verlieren. Eine neue Abschaffungsinitiative könnte in diesem Koma keineswegs mehr chancenlos sein.»

ARMEE-LOGISTIK bleibt am Ball

-r. Die Idee ist zwar nicht neu – aber die Zustimmung war noch nie so gross: Parlamentarier aus FDP, CVP und SP unterstützen den Wechsel von der Wehr- zur Dienstpflicht. Auch der Zürcher Militärsoziologe Karl W. Haltiner ist der Meinung dass die Wehrpflicht wohl abgeschafft werde, zeigt sich jedoch skeptisch gegenüber der allgemeinen Dienstpflicht.

ARMEE-LOGISTIK hat die Diskussion aufgenommen und wird in der nächsten Ausgabe vorerst eine Analyse erstellen, was in der Reformsdebatte rund um die Armee XXI alles schief gelaufen ist, was versprochen und was nicht eingehalten worden ist. Dabei geht es nicht etwa um Personen wie Bundesrat Samuel Schmid oder Generalsekretär Juan F. Gut, sondern um unsere Wehrbereitschaft und unsere Armee im traditionellen Sinn!

Streitkräfte und humanitäres Völkerrecht Aktuelle Beispiele

«Das humanitäre Völkerrecht ist ein Zweig des Völkerrechts. Es beschäftigt sich vor allem mit dem Schutz der Person und ist speziell auf bewaffnete Konflikte zugeschnitten.»

Humanitäres Völkerrecht, EDA, Bern 2003.

VON OBERST
ROLAND HAUDENSCHILD

Entwicklung

Das Völkerrecht beinhaltet die Gesamtheit der Rechtsnormen, die sich aus dem zwischenstaatlichen Vertragsrecht und Gewohnheitsrecht ergeben, ferner das Recht der Internationalen Organisationen. Europa ist der Ursprung des geltenden Völkerrechts; es entwickelte sich nach dem Ende des Mittelalters zwischen den neu entstehenden souveränen Staaten und wurde später mit der Ausdehnung des europäischen Staatensystems ein universelles Recht. Das klassische Völkerrecht bis zum Ersten Weltkrieg war ein Völkerrecht der Koexistenz; mit seiner Ausdehnung auf zahlreiche weitere Sachgebiete wurde es seither ein Völkerrecht der Kooperation.

Die Quellen des Völkerrechts sind folgende:

1. Das internationale Gewohnheitsrecht.
2. Völkerrechtliche Verträge (z.B. Abkommen, Konventionen); die dominierende Rechtsquelle seit dem Zweiten Weltkrieg.
3. Allgemeine Rechtsgrundsätze (in den Staaten der Völkergemeinschaft anerkannt).
4. Beschlüsse internationaler Organisationen (wenn der Gründungsvertrag zum Erlass solcher Normen ermächtigt).

Das humanitäre Völkerrecht umfasst die Gesamtheit der völkerrechtlichen Regeln zum Schutz von Menschen, insbesondere von Feindpersonen in bewaffneten Konflikten. Erstmals in den 1950er-Jahren wurde der Begriff vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) verwendet und auf die Genfer Abkommen von 1949 bezogen. Er wird seit den 1970er-Jahren meist zur Bezeichnung des

gesamten Kriegsvölkerrechts (Wirtschaftskrieg ausgeschlossen) verwendet.

Wandel

Krieg und Frieden haben sich im Zeitablauf stets gewandelt. Ob die Menschheit länger im Kriegs- oder Friedenszustand gelebt hat, dürfte sich als unlösbare Frage herausstellen.

Nach Carl von Clausewitz ist der Krieg «ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.». Clausewitz äussert sich weiter: «Der Krieg ist nicht bloss ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit andern Mitteln.»

Der Krieg bringt stets grosses Leid über Völker und Länder; deshalb versucht man ihn seit alters her entweder zu verhindern oder sittlich zu rechtfertigen.

Im 19. Jahrhundert findet ein eigentlicher Wandel in Staat und Gesell-

schaft statt; in Europa bilden sich neue Nationalstaaten und die industrielle Revolution erobert den Kontinent und die übrige Welt.

Seit der französischen Revolution und den napoleonischen Feldzügen haben sich die allgemeine Wehrpflicht und die Volksheere durchgesetzt. Auch die Kriegstechnik entwickelt sich in rasantem Tempo. Der amerikanische Sezessionskrieg sieht erstmals die Verwendung des Telegraphen und der Eisenbahn als Kommunikations- bzw. Transportmittel.

Mit der Aufrüstung und Perfektionierung des Krieges werden die Auswirkungen und Schäden an Mensch, Material und Landschaft immer sichtbarer.

Mehr zufällig erlebt Henri Dunant in Norditalien am 24. Juni 1859 die Schlacht bei Solferino, wo Franzosen und Italiener gegen kaiserlich-österreichische Truppen kämpfen. Das Grauen der Schlacht beeindruckt Dunant und er schlägt in seinem Werk «Eine Erinnerung an Solferino» (1862) vor, freiwillige Hilfsgesellschaften in europäischen Ländern zu gründen, um die Armeesaniätätsdienste zu entlasten. Dies ist der Auslöser zur Gründung des heutigen IKRK. Bereits 1864 wird ein erstes internationales Abkommen zur Erleichterung des Loses verwundeter Soldaten abgeschlossen (Konvention

Gegen eine staatliche Lösung

Aus Wirtschafts- und Gewerbekreisen melden sich erstmals skeptische bis ablehnende Stimmen gegen die EO-Revision zur Finanzierung des Mutterschaftsurlaubes. Man sei nicht gegen einen besseren Mutterschutz, heisst es. Aber gegen eine staatliche Lösung.

-r./nlz. Dem bezahlten Mutterschaftsurlaub ist direkter Widerstand aus der Wirtschaft erwachsen. Ein überparteiliches Gewerbekomitee hat der Vorlage, über welche am 26. September abgestimmt wird, aus Angst vor Mehrkosten den Kampf angesagt. Es stellt sich gegen den Gewerbeverband und zeigt die Uneinigkeit der Wirtschaft. Zum Nein-Komitee gehören neben Vertretern der Privatwirtschaft der Unternehmerverband der grafischen Industrie (Viscom). Verbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler sagt, der Schutz von erwerbstätigen Müttern könne durch freiwillige Lösungen auf Stufe der Gesamtarbeitsverträge besser geregelt werden. Der Gewerbeverband bedauert dessen Gründung und gibt sich überzeugt, dass seine Basis die EO-Revision «nach wie vor grossmehrheitlich unterstützt».

zur Verbesserung des Loses der verwundeten Soldaten der Armeen im Felde, vom 22. August 1864). Daraus sind die späteren vier Genfer Abkommen vom 12. August 1949 hervorgegangen, um nur die wichtigsten zu nennen. An den Friedenskonferenzen in Den Haag (1899 und 1907) werden die Haager Abkommen (Konventionen) angenommen; in ihnen sind erstmals Regeln über die Kriegsführung kodifiziert. Generell wird unterschieden zwischen Genfer Recht und Haager Recht. Während die Genfer Abkommen den Schwerpunkt auf den Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte legen, stellen die Haager Abkommen vor allem Regeln für die Kriegsführung auf, welche die Zahl der Opfer beschränken soll.

Macht

Die Konstellation der europäischen Mächte des 19. Jahrhunderts hat sich mit dem Ende des Ersten Weltkrieges aufgelöst. Die USA treten als neue Grossmacht auf, Russland wird zur kommunistischen Sowjetunion. Die Zwischenkriegszeit ist gekennz. zeichnet durch Wirren, Unstabilität und das Aufkommen europäischer Diktaturen.

Der Völkerbund (mit Sitz in Genf) wird gegründet, eine Organisation zur Sicherung des Weltfriedens und zur Wahrung der territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten. Den Zweiten Weltkrieg kann der Völkerbund, welcher nie universelle Bedeutung erlangt hat, nicht verhindern. Aus dem Zweiten Weltkrieg gehen die USA und die Sowjetunion als beherrschende Grossmächte hervor. Nach

Kriegsende werden die Vereinten Nationen (UNO) gegründet, die sich zur weltumspannenden Organisation entwickeln (Schweiz: Mitglied seit dem 10. September 2002); sie sind eigentlich Nachfolger des gescheiterten Völkerbundes.

Im Kalten Krieg ab den 1950er-Jahren stehen sich zwei Blöcke in West und Ost gegenüber. Mit dem Ende der Sowjetunion 1991 ist auch der Kalte Krieg abgeschlossen, was nicht heissen will, dass der ewige Friede ausgebrochen sei. Die USA sind nunmehr die einzige Grossmacht dieser Welt. Die weitere Entwicklung ist ambivalent. Neben den staatlichen Machtstrukturen, die vermehrt in Frage gestellt werden, entstehen private Netzwerke von beträchtlicher Dimension und Schlagkraft. Bürgerkriege, Flüchtlinge, Folter, Geiselnahme, innere Unruhen, interne Spannungen, Kriegsverbrechen, Terrorismus und Völkermord prägen den Alltag in der 1990er-Jahren und im beginnenden 21. Jahrhundert. Mit dem Zerfall von herkömmlichen Machtstrukturen wird es immer schwieriger die Akteure im Weltgeschehen zu identifizieren, die sich zum Teil weitab von der Öffentlichkeit tummeln.

Konflikte

Die lokalen und regionalen Konflikte (z.B. Balkan, Vorderer Orient, Asien, Afrika) halten die Staatengemeinschaft und die Welt in Atem.

Der Afghanistanfeldzug der USA ist eine rasche und verhältnismässig unblutige Aktion; die Taliban sind geschlagen und ziehen ab, am 15.

November 2001 ist Kabul befreit. Auf dem Schlachtfeld ist der islamistische Terror jedoch nicht zu besiegen. Im Januar 2002 bringen die USA die ersten mutmasslichen Al-Kaida Mitglieder auf den Militärstützpunkt Guantanamo auf Kuba; sie werden als Terroristen angesehen und vollständig von der Aussenwelt isoliert. Nach internationalen Protesten erlaubt die US Regierung dem IKRK den Zugang zu den rund 600 Häftlingen aus 40 Nationen.

Die UN-Resolution 1441 droht dem Irak mit ersten Konsequenzen, sollte er nicht mit den UN-Waffeninspektoren kooperieren und alle seine Rüstungsprogramme offenlegen. Im Februar 2003 glauben die USA dem Irak einen Verstoss gegen die erwähnte UN Resolution nachweisen zu können; einen eindeutigen Beweis für den Besitz von Massenvernichtungswaffen kann die US Regierung nicht liefern. Die USA erhalten somit auch kein UNO-Mandat zu einem Irak-Krieg. Da der Irak nach Auffassung der USA Konventionen des Krieges oder moralische Regeln missachtet hat, beginnen die US Streitkräfte am 20. März 2003 mit dem Angriff auf den Irak. Der Irak-Krieg stösst international sowohl auf Zustimmung wie auf Ablehnung. Am 1. Mai 2003 verkündet der amerikanische Präsident das Ende der Kämpfe im Irak, nachdem der Feind am 9. April, nach drei Wochen, militärisch besiegt ist.

Ein Markstein für das humanitäre Völkerrecht ist der 11. März 2003; an diesem Tag nimmt der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag seine Arbeit auf. Das Tribunal soll weltweit Einzelpersonen für Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Verantwortung ziehen. Der Staat des Terrors oder das Herkunftsland des Täters müssen Mitglied des Tribunals sein. 89 Staaten sind dem Statut beigetreten; die USA, China, Israel und andere Staaten lehnen die Anerkennung des Gerichtshofes ab, da Eingriffe in die nationale Souveränität befürchtet werden.

Der Irak kommt trotz zunehmender Militärpräsenz der Koalitionstruppen nicht zur Ruhe; ab August 2003 wächst der Widerstand gegen die Besatzer. Im November erleidet die Koalition im Irak hohe Verluste. Am 16. Oktober 2003 erhält die multi-

nationale Truppe im Irak, unter US-Kommando, ein Mandat der UNO. Zum ersten Mal wird eine Armee, die ohne Billigung der UNO ein Land erobert hat, im Nachhinein als Friedenstruppe anerkannt.

Im Frühling 2004 werden durch die Medien unhaltbare Verhältnisse im Gefängnis Abu Ghraib in Bagdad der Allgemeinheit bekannt. Amerikanische Militärpersonen sollen seit Herbst 2003 irakische Gefangene gefoltert haben, um Informationen aus ihnen herauszupressen.

Die Weltöffentlichkeit ist entrüstet über solche Praktiken, welche unvereinbar mit dem humanitären Völkerrecht sind. Diverse Foltermethoden der Amerikaner werden bekannt und in Bildern für jedermann sichtbar. Die Frage taucht auf, wofür Internationales Recht eigentlich steht, wenn es die Mächtigen nach ihrem Gusto missachten können, ohne je zur Rechenschaft gezogen zu werden. Es zeigt sich, dass Angehörige der US Streitkräfte im Irak nichts von den Genfer Konventionen gehört haben und selbst die militärische Führung zum Teil Unwissenheit angab oder ihre Untergebenen nicht im Griff hatte. Diese Ereignisse sind im Begriff Auswirkungen bis in höchste amerikanische militärische und politische Gremien zu haben.

Dass das humanitäre Völkerrecht gerade in neusten Konflikten (z.B. in Darfur im Sudan) mit Füssen getreten wird, ist verwerflich und einer zivilisierten Gesellschaft unwürdig; es sind die Schwachen, die dessen Schutz nötig haben!

Das humanitäre Völkerrecht muss möglichst weite Verbreitung erfahren, zivilen und militärischen Akteuren bekannt gemacht werden; dies ist eine zwingende Notwendigkeit, wie die aktuellen Ereignisse zeigen.

«Getragen vom Gedanken der Humanität, bedeutet es (das humanitäre Völkerrecht) eine letzte Schranke gegen Schrecken und Grauen in Konfliktsituationen, die trotz allen Bemühungen nicht verhindert noch beendet werden können.»

Humanitäres Völkerrecht, EDA, Bern 2003

Sommaire

Le droit international ou des gens date de l'Europe du 19^{ème} siècle et le droit de guerre est une partie. On distingue le droit de Genève et le droit de La Haye. Les travaux genevois mettent l'accent sur la protection des victimes des conflits armés alors que les Conventions de La Haye visent davantage à réglementer la conduite des hostilités pour limiter le nombre des victimes. Depuis les années 1950 le Comité international de la Croix-Rouge (CICR) parle plutôt de droit international humanitaire que de droit de guerre, en ce qui concerne les Conventions de Genève. Vu les événements de ces dernier temps, le droit international humanitaire est d'une impérieuse nécessité voir d'une brûlante actualité.

Voir: Droit international humanitaire, DFAE, Berne 2003.

Probleme und Kostenüberschreitungen

Das Verteidigungsdepartement kommt nicht aus den Schlagzeilen.

-r. Probleme und Kostenüberschreitungen beim neuen Personalinformationssystem der Armee rufen die Eidgenössische Finanzkontrolle auf den Plan. Nach einer Meldung der «Neuen Luzerner Zeitung» untersuche sie die Umsetzung des neuen Personalinformationssystems (Pisa). Dass das Pisa-System nicht wie veranschlagt 20, sondern über 51 Millionen Franken kosten soll, konnte Marco Oswald, Kommunikationschef beim VBS, nicht bestätigen. Er sagte lediglich, dass Pisa teurer werde als geplant. Er räumte zudem ein, dass bei der Datenverarbeitung Mängel aufgetreten seien, wie ARMEE-LOGISTIK bereits mehrfach berichtete. Fehler gebe es vor allem im Auf-

gebotswesen. So würden Marschbefehle an falsche Empfänger versandt. Oswald betonte, dass mit der Reduktion der Armee von 400 000 auf neu 220 000 Armeeingehörige Pisa eine gigantische Arbeit bezüglich Datenverarbeitung leisten müsse. Man habe diese sehr komplexe Arbeit nicht zuletzt auch personell unterschätzt, räumte Oswald ein.

E-Mail an Angestellte

Bundesrat Samuel Schmid hatte sich in einer E-Mail-Aktion an seine Angestellten gewandt, um laut Angaben von Oswald die ungerechtfertigte Kritik gegen ihn zu entkräften. Im Brief habe er auch einen Aufruf gestartet: Derjenige, der den VBS-internen Bericht «Leistungsanalyse Sicherheitspolitik» als gezielte Indiskretion veröffentlichte, solle sich bei

ihm melden. Bei diesem Aufruf werde es aber nicht bleiben.

Umfrage zur Wehrpflicht

In einer jetzt veröffentlichten Isopublic-Umfrage im Auftrag des «Sonntags-Blicks» sprachen sich 46 Prozent der Befragten für die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht aus, 44 Prozent dagegen. Eine Mehrheit von 52 Prozent war für die Schaffung einer Berufsarmee. Eine Demoscope-Umfrage im Auftrag der «Berner Zeitung» ergab – bei anderer Fragestellung – ein anderes Bild: Auf die Frage, welche Armee die Schweiz in Zukunft brauche, sprach sich eine knappe relative Mehrheit von 36 Prozent für die bisherige Armee mit allgemeiner Wehrpflicht aus. 34 Prozent waren für eine freiwillige Milizarmee und nur 27 Prozent für eine Berufsarmee.

Armee-Parteitag

Die SVP Schweiz will im Herbst einen Sonderparteitag zum Thema «Armee» durchführen. Grund ist die parteiinterne Kritik an der Umsetzung der Armee reform. Die Entscheidung sei kürzlich gefallen, sagte SVP-Sprecher Roman Jäggi. Verschiedene Kantonalparteien hätten einen Antrag auf einen Sonderparteitag gestellt. Diese Anträge seien jedoch bereits vor den Turbulenzen der letzten Woche im VBS und um SVP-Bundesrat Samuel Schmid eingereicht worden. Ein Datum steht noch nicht fest.

Im VBS nicht mehr Intrigen als in andern Betrieben

Mit Sicherheit gebe es im VBS nicht mehr Intrigen als in anderen Betrieben auch, hat Bundesrat Schmid gegenüber der Nachrichtenagentur SDA erklärt. Auch befände sich die Schweizer Armee keineswegs in einer Sinnkrise. Hart sei aber der Restrukturierungsprozess. In seinem Departement mit rund 13000 Mitarbeitern gebe es «Menschliches und gelegentlich allzu Menschliches», sagte Schmid. Der Verteidigungsminister gab sich zudem überzeugt, dass die heutige Konzeption der Armee auch in zwanzig Jahren noch richtig sein werde, mit allfälligen Anpassungen an die dannzumaligen Risiken. Dank dem neuen Armeemodell könnten die notwendigen Antworten erfolgen, ohne dass man immer wieder die Struktur verändere.

Zivilschutz erbt Armeeeinsätze

-r. Insgesamt hat die Armee im vergangenen Jahr 73 zivile und aussermilitärische Einsätze geleistet und dabei 39 182 Diensttage geleistet. Doch das hat sich nun geändert: Das VBS hat in der Verordnung über den Einsatz militärischer Mittel für zivile und ausserdienstliche Tätigkeiten auf Anfang 2004 festgelegt, dass eine Truppe nur noch dann eingesetzt werden kann, wenn die Hilfe nicht von Verbänden oder vom Zivilschutz geleistet werden kann. In die Bresche springen soll nun gemäss den Vorstellungen von Verteidigungsminister Samuel Schmid der Zivilschutz.

Ruag: Millionenauftrag aus England

-r. Ruag ist seit Beginn des Projekts A380 dabei. Das zahlt sich nun aus. Airbus England hat die Ruag-Tochter Ruag Aerospace mit Sitz in Emmen mit der Serienproduktion eines Flügelbauteils für das Grossraumflugzeug beauftragt. Das Auftragsvolumen für Ruag beträgt 200 Millionen Franken. Das Projekt wird in den nächsten Jahren 30 Personen in Emmen beschäftigen.

Übrigens: Der A380 bietet je nach Sitzordnung zwischen 550 und 800 Passagieren Platz. Die Maschine ist ein Prestigeobjekt des europäischen Luftfahrtkonsortiums Airbus. Derzeit haben zehn verschiedene Fluggesellschaften 129 A380-Flugzeuge bestellt. Der Jungfernflug ist fürs kommende Jahr geplant.

Bundesrat Schmid will Mitte August entscheiden

-r. Samuel Schmid entscheidet nach einer Meldung des «Tages-Anzeigers» erst Mitte August, ob er für die Revision der Erwerbersatzordnung kämpfen will. FDP und Gewerbeverband fordern ihn dringend dazu auf.

1999 war er als SVP-Fraktionschef noch dagegen. So einfach hat es der Verteidigungsminister heute nicht mehr. Sagt das Volk am 26. September Ja zur Revision der Erwerbersatzordnung, erhalten nicht nur erwerbstätige Mütter erstmals eine finanzielle Unterstützung, sondern auch Dienst Tuende mehr Geld.

Party-Service



Güggeli
Bratkartoffeln
Salate

gut und preiswert

Ihr Kompanieabend einmal anders ...

bequem:

- Wir kommen zu Ihnen in die Kaserne, in den Wald, an den See ...
- Sie benötigen keine Kücheneinrichtung
- Sie überlassen die Küchenarbeiten uns
- Sie bezahlen nur die gebratenen Esswaren

unsere Stärke:

- leistungsfähige Grills (100-120 Personen/Std.)
- absolute Hygiene
- nur ausgebildetes Schweizer Personal
- ausschliesslich Schweizer Produkte aus ökologischen und tiergerechten Anbau- und Produktionsbedingungen

Testen Sie uns! Fragen Sie Ihre Kollegen!



Referenzliste siehe
www.guets-gueggeli.ch
Tel. 071 950 06 55



IN KÜRZE

Nijmegen

-r. Vom 20. bis 23. Juli fand die 88. Austragung des diesjährigen internationalen 4-Tage-Marsches von Holland in Nijmegen statt. Die Schweizer Armee stellt seit 46 Jahren eine offizielle Delegation. Wiederum hatten sich rund 200 Angehörige der Armee auf diese inoffizielle Weltmeisterschaft der Marschierer vorbereitet.

Luftwaffe an internationaler Luftverteidigungsübung

jn. Vom 12. bis 30. Juli nahm die Schweizer Luftwaffe in Grossbritannien an der internationalen Luftverteidigungsübung NOMAD 2004 teil. Neben der Schweizer Luftwaffe beteiligten sich auch Vertreter der Luftstreitkräfte Belgiens, Frankreichs, Grossbritanniens und Spaniens. Die Schweizer Luftwaffe war mit sechs F/A-18 C/D in Waddington stationiert, von wo aus die Schweizer Piloten operierten. Insgesamt waren 40 Angehörige der Luftwaffe (Bodenmannschaft, Jägerleitoffiziere, Piloten) im Königreich im Einsatz.

Zwei internationale Filmpreise

jn./-r. Der neue Film über die Schweizer Luftwaffe «Swiss Air Force identified» gewinnt internationale Filmpreise: Die Jury des US International Film and Video Festival in Los Angeles verlieh dem Werk des Schweizer Regisseurs Thomas M. Rajman das Zertifikat «Creative Excellence». In Hamburg wurde der Film im Rahmen des Internationalen World Media Festivals mit dem Silver Globe Award 2004 ausgezeichnet.

Der vom Zentrum elektronische Medien (ZEM) im VBS produzierte Film, der u.a. die Kooperationen der Luftwaffe mit der REGA, dem Schweizer Alpenclub SAC und der Französischen Luftwaffe aufzeigt, trat in Los Angeles und Hamburg gegen eine Konkurrenz von insgesamt 1900 Produktionen aus 27 Ländern an.

Der Film, der in packender Art und Weise die Aufgaben und die Arbeit der Schweizer Luftwaffe aufzeigt, ist eine Fortsetzung des 2002 preisgekrönten Films «Super-Puma Simulator».

Katastrophenhilfe der Schweizer Armee**Fahnenübernahme des Katastrophenhilfe-Bereitschaftsverbandes**

Am 19. Juli übernahm das neu gebildete Einsatzkommando des Katastrophenhilfe-Bereitschaftsverbandes in Wangen an der Aare seine Fahne. Mit dieser Zeremonie ging eine lange Planungsphase zu Ende.

In der Armee 95 gab es ein Katastrophenhilferegiment und mehrere Rettungsregimenter. Diese gliederten sich zuletzt in 23 Bataillone, von denen vier als eigentliche Alarmformationen im Bedarfsfall kurzfristig aufgeboden werden konnten. Das Katastrophenhilfebataillon 2 stand beispielsweise 1999 während der schweren Überschwemmungen in Thun im Einsatz.

Auf den 1. Januar dieses Jahres wurden die 23 bestehenden Bataillone auf vier reduziert, was eine neue Organisation der Bereitschaft erforderte. Mit der Bildung des neuen Verbandes wird diesem Umstand Rechnung getragen.

Das Einsatzkommando Katastrophenhilfe-Bereitschaftsverband besteht aus Durchdienern, Zeit- und Berufsmilitär sowie zivilen Mitarbeitern. Einsatzdoktrin und Ausrüstung

erlauben eine rasche, fachkompetente und moderne Unterstützung der zivilen Einsatzkräfte, ohne diese zu konkurrenzieren. Wenn keine Katastrophenhilfeeinsätze gefordert werden, wird vor allem die Spezialausbildung vertieft und trainiert, im Dienst stehende Truppen bei Übungen unterstützt oder zu Gunsten Dritter gearbeitet.

Der Verband, als Kompanie organisiert, stellt während des ganzen Jahres die militärische Katastrophenhilfe im In- und Ausland sicher. Er ist immer auf Pikett und kann im Inland an Werktagen mit einem Element in maximaler Zugstärke (bis zu 30 Armeeingehörige) innert 4 Stunden und mit dem Gros der Kompanie innert 6 Stunden (Samstag und Sonntag Teile in 12 beziehungsweise das Gros in 24 Stunden) ins Einsatzgebiet verschieben.

In der Katastrophenhilfe-Bereitschaftskompanie sind Durchdiener der Rettungs- und Genietruppen eingeteilt. Sie werden durch Berufs- und Zeitmilitär professionell ausgebildet und geführt. Die jungen Leute wechseln nach ihrer 18-wöchigen RS in den neuen Verband und stehen dann weitere 25 Wochen im Dienst der militärischen Katastrophenhilfe.

Sportökonomische Evaluation der Fussball-Europameisterschafts-Endrunde 2008 in Österreich und der Schweiz

Das Bundesamt für Sport Magglingen (BASPO) hat das Institut für Tourismuswirtschaft der Hochschule für Wirtschaft in Luzern sowie das Forschungsinstitut für Freizeit und Tourismus der Universität Bern mit einer Studie zu den nachhaltigen Effekten der EURO 08 beauftragt. Neben ökonomischen werden auch ökologische sowie soziale Kenndaten und Effekte erfasst.

B.M. Sportgrossveranstaltungen werden vermehrt auch unter einer volkswirtschaftlichen Perspektive betrachtet und beurteilt. Der öko-

nomische Impact derartiger Veranstaltungen ist ein wichtiges Element in der politischen Meinungsbildung, insbesondere im Zusammenhang mit der Beurteilung der Unterstützungswürdigkeit eines Anlasses durch die öffentliche Hand.

Der Auftrag an die beiden Hochschulinstitute erfolgt im Rahmen des «Forschungskonzepts Sport und Bewegung 2004–2007», welches durch das BASPO und das Staatssekretariat der Gruppe Wissenschaft und Forschung ausgearbeitet wurde. Dieses unterstützt im Sinne einer Forschungsförderung die dringend notwendigen sportwissenschaftlichen Forschungsprojekte der Schweiz. Insgesamt beurteilt und unterstützt das

BASPO, in Zusammenarbeit mit einer Expertengruppe der Eidgenössischen Sportkommission, sportwissenschaftliche Forschungsvorhaben mit über 2 Millionen Franken jährlich.

Schweizer Geniematerial nach Afghanistan

fe/-r. Am 12. Juli wurden auf dem Flugplatz Emmen sieben Unterhaltsfahrzeuge, sechs Arbeitszelte und ein Posten Werkzeuge nach Afghanistan geflogen. Dieses Material wird der International Security Assistance Force (ISAF) von der Schweiz unentgeltlich zur Verfügung gestellt und dient dem Betrieb des Flugplatzes von Kabul.

Bei diesem zur Verfügung gestellten Material handelt es sich um gut erhaltene, ältere Maschinen zum Heben von Lasten und zur Schneeräumung, wie Kranwagen, Gabelstapler und Schneefräsen sowie Zelte und Werkzeuge. Diese Geräte sind in der Armee überzählig und können nicht mehr eingesetzt werden.

Das Material soll ausschliesslich beim Unterhalt und Betrieb des Flugplatzes von Kabul eingesetzt werden und deckt die Bedürfnisse der lokalen Behörden und der internationalen Gemeinschaft ab.

Der Transport dieses Geniematerials nach Kabul wurde durch die ISAF mit einem gemieteten zivilen Grossraumflugzeug Antonow 124 durchgeführt. Der Schweiz entstehen keine Transportkosten.

Die Schweiz leistet damit im Rahmen der Partnerschaft für Frieden (PfP) einen weiteren Beitrag zur internationalen Hilfe für Afghanistan. Die ISAF gewährleistet übrigens die Sicherheit der Bevölkerung und beteiligt sich an der Stabilisierung des Landes.

www.solog.ch
Die SOLOG
auf dem Internet
info@solog.ch